Herr Schell fragte, wie bzw. wann die kleinteilige Sozialraumbetrachtung vorliegen würde.

Herr Metz sagte, dass es beklagenswert sei, dass es einen Rückgang von gefördertem Wohnraum gebe. Es gebe verschiedene Möglichkeiten den Menschen zu helfen, die nach Wohnraum suchten. Eine Möglichkeit wären die Baulandmodelle. Eine weitere Möglichkeit wären bestehende städtische Reserveflächen. Es habe bereits vor fast einem Jahr einen Entwurf mit einer Analyse von verschiedenen Grundstücken gegeben. Der Sachstand sollte hierzu von der Verwaltung widergegeben werden.

Herr Waldästl machte deutlich, dass das Thema Wohnen eine der größten sozialen Fragen dieser Zeit sei. Die Aktivitäten der öffentlichen Hand sollten da deutlich fokussiert werden. Die Stadt Sankt Augustin müsse sich mit der Frage auseinandersetzen, wie sie selber damit umgehen wolle und wie sie selber am Markt auftreten wolle.

Herr Schell sagte, dass nur weil Wohnraum nicht mehr gefördert würde, heiße das nicht, dass er deswegen vom Mietpreis her angehoben würde. Der Aussage von Herrn Metz, dass in der Vergangenheit Fehler gemacht worden seien, solle daher noch in Frage gestellt werden. Probleme sollten regional betrachtet und auch angegangen werden.

Frau Bergmann-Gries sagte, dass bereits in anderen Gremien darüber beraten wurde, welche Flächen überhaupt noch verfügbar wären und wo Wohnraum realisiert werden könnte. Der Rat und der Hauptausschuss sollten sich darüber verständigen, wo in Sankt Augustin welche Areale genutzt werden könnten, um dort großflächig Wohnungsbau zu ermöglichen. Diesbezüglich sollte auch das Stadtentwicklungskonzept nochmal zur Disposition gestellt werden. Es sei unglücklicherweise nur schwer möglich, preiswert zu bauen. Preiswerter Wohnraum sei allgemein eher knapp. Sozial geförderter Wohnungsbau habe nicht mehr in dem Maße stattgefunden wie es notwendig gewesen wäre. Im vorigen Jahr sei von 517 neuen Wohneinheiten, die pro Jahr nötig wären, gesprochen worden. Es sei bedauerlich, dass die Stadt Sankt Augustin keine Mittel von dem Rhein-Sieg-Kreis für die Förderung von Wohnungsbau in Anspruch nehme. Der Rhein-Sieg-Kreis sowie der Landrat seien hier in der Pflicht, eine koordinierende Aufgabe zu übernehmen, im Hinblick darauf, dass es sich um ein vielschichtiges Problem handeln würde, das wie Herr Schell sagte, interkommunal gelöst werden müsse. Die Stadt Sankt Augustin sei insgesamt gut aufgestellt, z.B. bei der Obdachlosenprävention. Dennoch müsse die Frage, wie in Sankt Augustin jährlich 517 Wohneinheiten gebaut werden sollten, thematisiert werden.

Herr Metz schlug vor, dass man gegenüber Investoren, die neuen Wohnraum schaffen, verbindliche Regeln schaffen könnte. Bspw. könnte ein bestimmter Prozentsatz an gefördertem Wohnraum vorgeschrieben werden. Die Wohnungssituation in Sankt Augustin sei nicht grundsätzlich schlecht. Es sei durchaus eine Durchmischung der verschiedenen Wohnformen gewünscht. Die Leute, die in den Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises teilweise verzweifelt nach Wohnraum suchten, sollten nicht einseitig als eine Belastung gesehen werden, sondern eigentlich sogar eher als Leute, die man haben wolle, darunter bspw. Krankenschwestern und Krankenpfleger, die in hiesigen Einrichtungen gebraucht würden.

Frau Bergmann-Gries sagte, dass Wohnungsnot bzw. das Problem, bezahlbaren Wohnraum zu finden, die Mitte der Gesellschaft erreicht habe. Menschen aus Sankt Augustin, die auch in Sankt Augustin berufstätig seien, hätten bereits damit Probleme, Wohnraum im Stadtgebiet zu finden und würden daher wegziehen. Dennoch müsse die Diskussion über die Belastungssituation, auch auf Kreisebene geführt. Es sei nochmals zu betonen, dass Kreisverwaltung und Landrat eine hervorgehobene und koordinierende Funktion hätten, auch weil sonst nicht verbindlich festgelegt würde, wie Personengruppen in den Kommunen angesiedelt werden könnten.

Herr Doğan machte deutlich, dass es in dem Bericht nicht nur um das Wohnen, sondern auch um die Unterbringung von Personen gehe. Aspekte wie bspw. die Obdachlosenprävention seien in der Debatte bereits angesprochen worden. Den Mitarbeitern der in diesem Bereich der Stadtverwaltung sei hier zudem ein großes Lob auszusprechen. Die Arbeit der Stadt Sankt Augustin bezüglich der Unterbringung von Personen sei grundsätzlich als positiv zu bewerten. An der kleinräumigen Gliederung werde mit Hochdruck gearbeitet.

Herr Gleiß sagte, dass im Frühjahr nächsten Jahres einen neuen Sachstand von der Verwaltung bezüglich des Arbeitskreises Bezahlbarer Wohnraum geben werde.